



KSBB

Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern



Gesinnungsethik war gestern

Martin Fromm und Andreas Späth

Es ist das gefährlichste Wort in der ethischen Diskussion: das kleine Wort „heute“:

Heute sehen wir das nicht mehr so!

Heute erkennen wir, dass ...

Heute müssen wir ...

Wer einen Überblick über die Debatten in den zurückliegenden Jahrzehnten hat, der weiß: Hinter dem Wort „heute“ verbirgt sich eine letzte, unbedingt verbindliche Norm, die entscheidet, was unter Gut und Böse zu verstehen ist. Die Instanz, die diese Norm erlässt, ist der Zeitgeist.

Die Ethik als wissenschaftliche Disziplin trat in der Antike ins Dasein, als begonnen wurde, die Sitten der Alten (mores – daher Moral) zu hinterfragen, ihre Begründungen, Kriterien, die Möglichkeit ihrer Verallgemeinerung und ihrer Anwendung zu prüfen. Dabei wurden oft jahrhundertealte Überlieferungen, die sich grundsätzlich bewährt hatten und für den reibungslosen Ablauf einer Gesellschaft gesorgt hatten, in ihrer Normativität in Frage gestellt. Sie mussten sich – gewissermaßen – vor dem Tribunal grundsätzlicher sittlicher Maßstäbe und der kritischen Vernunft rechtfertigen.

Wer dagegen das „Heute“ zum Tribunal, ja, zur letzten Norm macht, verzichtet darauf, Ethik zu treiben. Er erklärt eine zeitgenössische vorherrschende Stimmungslage (sie als Moral zu bezeichnen, wäre viel zu hoch gegriffen) zum Maßstab für Sittlichkeit und Vernunft. Unabhängig davon, ob diese Stimmungslage eher das verfolgt, was nach religiösen oder philosophischen Normen „gut“ oder „böse“ ist, ist sie als Maßstab hoch gefährlich, stützt sie sich doch auf die Macht der Mehrheit oder einer einflussreichen Minderheit, der Medien, des Geldes, wenn es darum geht, Einfluss auf demokratische Prozesse zu gewinnen oder Kritiker zum Schweigen zu bringen. Ja, wir erleben in der um sich greifenden Cancel-Culture, wie leicht es in diesem Fall ist, sogar Denkverbote zu erlassen.

Beobachtbar ist dabei, dass sich der Wandel von der Ethik, auch im Sinne einer Verantwortungsethik, hin zur Nicht-Ethik, zum Stimmungsbild, zum Affekt mitunter durch den Sturz über die Stufe der Gesinnungsethik vollzieht. So manche sozialistische Ideologie – von den Gracchen über die französische Revolution bis zu den Diktaturen des 20. Jahrhunderts war nur eine Vorstufe zum (Bürger)krieg. Angst machen daher die verbiesterten Ideologien gegenwärtiger Freiheitsfeinde, die Kritik am eigenen Denksystem zum Verbrechen erklären wollen. Die kirchlichen

Gesinnungsethiker sollen freilich nicht im selben Atemzug genannt sein. Sie verdienen einen eigenen.

Wenn die Gesinnung sich allerdings abnutzt oder als falsch enttarnt wird, bleibt nur der „Rückfall“ vom Heute ins Gestrige und damit in die Verantwortungsethik oder der Sturz in die völlige Freiheit von jeder Ethik. Mit Blick auf die Kirchen ist zu befürchten, dass nicht Wenige sich gerade auch der Zwischenstufe zwischen Gesinnungsethik und freiem Fall, hin zur Nicht-Ethik, befinden.

Wir werden dieser Tage Zeugen einer Selbstauflösung dessen, was einst Diakonie hieß. Nicht, dass die Institution geschwächt wäre. Finanziell ging es vielen diakonischen Einrichtungen selten besser. Als Dienstleister im postchristlichen Staat hat man sich eingerichtet und ist damit groß geworden – so groß, dass mancher seine Aufgabe mehr in der zivilreligiösen Verbrämung gesellschaftlicher Trends versteht als einer Dienstbereitschaft, die vom Altar ausgeht.

So ist es zu erklären, dass innerhalb weniger Wochen drei Spitzenvertreter der Diakonie durch ihre Haltung zur Beendigung des Lebens in seiner Früh- und Spätphase in einer Weise Stellung genommen haben, die alles, für das einst das Wort „Diakonie“ stand, konterkariert wurde.

Was ist passiert?

1. In ihrer Ausgabe vom 11.01.2020 berichtet die FAZ über eine ihr vorliegende Stellungnahme evangelischer Theologen, darunter Diakoniepräsident Ulrich Lilie und Landesbischof Ralf Meister, dass in kirchlich-diakonischen Einrichtungen Möglichkeiten eines assistierten Suizids geschaffen werden sollen. Sowohl theologisch, als auch in Rückblick auf die vielerorts unrühmliche Geschichte diakonischer Werke in der Zeit von 1933-1945, wirkte der Beitrag auf viele Menschen schlicht verstörend. Bereits die Anerkennung professionalisierter Suizidbeihilfe ist ein scharfer Bruch mit der Position der EKD, die sich noch am 10. Januar 2015 „für ein ausnahmsloses Verbot“ ausgesprochen hatte (Rat der EKD: Sterben in Würde – Beihilfe zum Suizid). Der Rat der EKD betonte damals, dass die evangelische Kirche aus „ihrer christlichen Überzeugung heraus ... für eine Kultur der Lebensbejahung und -förderung“ eintritt. Nun verlangen führende Vertreter dieser Kirche, dass aus dem christlichen Glauben Respekt für den Wunsch eines Menschen nach Selbsttötung zu erwachsen habe und die Bereitschaft, ihn bei der Erfüllung seines Wunsches zu unterstützen. Hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren der christliche Glaube so elementar verändert?

2. Kurz darauf folgte der zweite Schlag. Kürzlich wurde den Pfarrämtern in Bayern vom Präsidenten des Diakonischen Werkes Bayern ein Flyer zur Bewerbung der Frühjahrssammlung zugestellt. Dieser Flyer wirbt dringend um Spenden, indem er die Arbeit der Diakonie im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung darstellt. Dies geschieht u.a. mit folgendem Fallbeispiel:

„Martina (36) ist eine erfolgreiche Geschäftsfrau und schon fast ein Workaholic. Mit der (ungewollten) Schwangerschaft und dem Gedanken, ein Kind großzuziehen, kann sie sich nicht anfreunden. Ihr Entschluss, das Kind nicht auszutragen, steht bereits fest. Sie kommt in die Schwangerschaftsberatung, um sich über den Ablauf

und die Kosten eines Abbruchs zu informieren und die notwendige Beratungsbescheinigung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz zu erhalten.“

Im ganzen Flyer gibt es kein Wort über den kirchlichen Auftrag! Kein Wort über die Gesetzeslage, die (zwar ergebnisoffen), eine Beratung zum Leben hin sein soll! Im Gegenteil: Verschleierung. Von „werdenden Müttern“ und „werdenden Menschen“ ist die Rede. Die Frau wird also erst Mutter, das Kind erst Mensch ab der Geburt?

Dafür aber nur wenige Zeilen später: „Helfen Sie uns mit einer Spende, dass dieses wichtige Angebot erhalten bleibt. Vielen Dank!“

Am Ende des Flyers wird dem potentiellen Spender, der sich vielleicht fragt, warum er nicht einfach für die Diakoniestation vor Ort spenden sollte, ein kleines Bonbon zugeworfen: „20 % der Spenden an die Kirchengemeinden dürfen in den Gemeinden für die diakonische Arbeit vor Ort verbleiben.“

Allein der hier erweckte Eindruck, das Diakonische Werk verteile mehr oder weniger auf Zuruf Beratungsscheine, in deren Folge Kinder ihr Leben verlieren, und das Fehlen jeglichen christlichen Bezuges sind einfach nur entsetzlich. Dass der Präsident des bayerischen Diakonischen Werkes einen solchen (Werbe!)Text verschicken lässt, hätten wir bis vor Kurzem für undenkbar gehalten.

Unabhängig vom indiskutablen Inhalt ist der Zeitpunkt, zu dem der Flyer erscheint, angesichts der Stellungnahme von Herrn Lilie zum assistierten Suizid nicht nur ein PR-Supergau, sondern ein inhaltlicher Volltreffer ins Mark dessen, was Diakonie ausmacht und bedeutet.

Man kann den evangelischen Gemeinden nur raten, diese Sammlung nicht zu bewerben. Das Werk will Geld, damit das im Flyer beschriebene "wichtige Angebot" weiter möglich ist. Da sei Gott vor! Man kann fast nur noch hoffen, dass das DW wirklich so klamm ist, wie es tut und diese Art der "Beratung" tatsächlich bald, wo nicht aus geistlichen, so doch aus finanziellen Gründen ihr Ende findet.

3. Der dritte Fall bringt die Sache auf den Punkt. Die Masken fallen, und wer sehen kann, der sieht, worum es seit geraumer Zeit geht. In einem Interview mit dem Evangelischen Sonntagsblatt aus Bayern (Rothenburger Sonntagsblatt), verteidigt der Vorstandsvorsitzende der früheren Neuendettelsauer Diakonie (jetzt Diakoneo), Mathias Hartmann, das geforderte Angebot assistierten Suizids in diakonischen Einrichtungen. Es gebe in der Bevölkerung ein Bedürfnis. Da müsse die Diakonie Angebote machen. So einfach ist das. Der fragende Einwand des Interviewers nach der Geschichte der Diakonie, so um die NS-Zeit herum, wird von Tisch gewischt. Dafür beschreibt er Diakonie als zivilreligiösen Dienstleister, der sich an den Wünschen der Gesellschaft zu orientieren hat. Der Sinn der Diakonie wird hier geradezu pervertiert. Diakonie geht vom Altar aus und ruft zum Leben in Christus. Suizidassistenz ruft nicht zu Christus, sondern erliegt dem Ruf der Welt und macht sich zu ihrem Handlanger. Die Kirche ist aber nicht dazu da, der Welt bei weltlichem Tun zur Seite zu stehen, sondern sie hat durch ihr Beispiel in die Nachfolge zu rufen. Doch damit nicht genug wirbt Hartmann unverhohlen um die Bewohner katholischer Heime, die sich wegen des dortigen Lebensschutzes anderswo „Hilfe“ suchen müssten. Auf die Spitze getrieben, sollen dann Kirche und Diakonie eine

Wächterfunktion bekommen, damit niemand es wage, den Todeswunsch eines Heimbewohners zu beurteilen. (Das Wächteramt der Kirche beschreibt Hesekiel 3,17-21 allerdings ganz anders.)

Und so schließt sich der Kreis. Wieder glaubt man den Worten der Schlangenrede mehr als dem Wort Gottes und merkt nicht, dass man ein ums andere Mal betrogen ist. Was bleibt ist der Glaube, zu sein wie Gott und selbst definieren zu können, was gut und was böse ist. Ein Irrtum, der alle Ethik an ihr Ende kommen lässt.

Erstveröffentlichung in: Diakrisis – Orientierung für bekennende Christen, 42. Jahrgang, Nr. 1, Ansbach 2021, Seite 18-21.